

Wir ergreifen Partei

FÜR EINEN SOZIALEN KANTON BERN

Wahlplattform Grossratswahlen 2026

Verabschiedet von der Geschäftsleitung der SP
Kanton Bern



Wir ergreifen Partei

FÜR EINEN SOZIALEN KANTON BERN

Die Herausforderungen sind gross – und sie betreffen uns alle.

Die Lebenshaltungskosten steigen, während die Löhne zurückbleiben. Immer mehr Menschen kämpfen mit sinkender Kaufkraft, steigenden Krankenkassenprämien und wachsender Unsicherheit. Wohnen, Energie und Lebensmittel werden teurer, während auf der anderen Seite die Gewinne grosser Konzerne explodieren.

Gleichzeitig verschärft die Klimakrise bestehende Ungleichheiten, trifft Menschen mit wenig Einkommen besonders hart und gefährdet unsere Versorgungssicherheit. Anstatt Lösungen für alle zu suchen, verschärfen bürgerliche Mehrheiten die Probleme: Mit Sparprogrammen schwächen sie den Service Public, bauen soziale Sicherheiten ab und nehmen damit soziale Kälte bewusst in Kauf.

Gerade jetzt braucht es eine starke SP: eine Partei, die nicht wegschaut, sondern sich den Herausforderungen stellt – und konsequent für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Gleichstellung eintritt.

Die Geschichte zeigt: Lösungen für grosse Herausforderungen finden wir nur gemeinsam. Nicht alle gegen alle, sondern Schulter an Schulter. Nicht mit den Rezepten von gestern, sondern mit Lösungen von heute. Nicht erst morgen, sondern hier und jetzt. Nicht halbherzig und zögerlich, sondern mutig und ganzheitlich. Nicht allein, sondern gemeinsam.

Dafür ergreifen wir jeden Tag Partei. Für etwas kämpfen, sich für jemanden einsetzen, Haltung einnehmen: Das meinen wir, wenn wir Partei ergreifen. Wir wollen Partei ergreifen für die Hoffnung und für die Überzeugung, dass Fortschritt und Freiheit für alle möglich sind.

Unsere Gegenwart und die Zukunft derer, die nach uns kommen, verlangen ein Ende der Gleichgültigkeit. Dazu gehört auch, dass wir Armut, Ausgrenzung und soziale Kälte überwinden und den Service Public stärken – damit alle Menschen Zugang zu guter Versorgung und gleichen Chancen haben.

Die Zukunft braucht gemeinsame Lösungen. Wir ergreifen Partei für einen sozialen Kanton Bern, der niemanden zurücklässt. Wir wollen:

- die Kaufkraft stärken und Ungleichheiten verringern
- die Klimakrise bekämpfen und die Versorgungssicherheit garantieren
- in der Gleichstellung weiter vorankommen

Wir ergreifen Partei

FÜR MEHR KAUFKRAFT UND WOHLSTAND FÜR ALLE

Die Schweiz ist reich – und sie hat die Mittel, Armut zu bekämpfen und soziale Sicherheit für alle zu gewährleisten.

Doch dieser Reichtum ist sehr ungleich verteilt und bei vielen Menschen bleibt am Ende des Monats immer weniger Geld übrig. Das Leben wird teurer. Mieten und Krankenkassenprämien steigen rasant. Löhne und Renten stagnieren oder werden gar gekürzt und können so die hohen Lebenskosten nicht mehr decken.

Statt die Sozialhilfe und soziale Sicherheit auszuhöhlen, braucht es starke Netze, die niemanden fallen lassen. Die Kaufkraft ist unter Druck. Gleichzeitig explodieren die Gewinne der Konzerne und Grossaktionär:innen. Das ist politisch so gewollt: Im Parlament sitzen viele Lobbyist:innen – für die grossen Unternehmen, die Versicherungen, die Banken, die Krankenkassen, die Immobilienbranche. Das Nachsehen haben alle ohne Millionengehalt.

Die SP findet: Alle haben das Recht, am Wohlstand unserer Gesellschaft teilzuhaben, nicht nur ein paar wenige, welche im Gegenzug im Übermass profitieren. Deshalb wollen wir die Bevölkerung entlasten und die Kaufkraft stärken.

Das Leben muss bezahlbar bleiben: Wir wollen, dass allen Menschen genug Geld zum Leben bleibt – auch denen, die nicht Millionen verdienen. Das bedeutet, dass wir uns für bezahlbare Mieten einsetzen. Heute zahlen Mieter:innen schweizweit jedes Jahr über 10 Milliarden Franken mehr Miete, als es das Gesetz erlaubt. Gemeinsam ändern wir das. Und wir setzen überall dort an, wo die Kaufkraft unter Druck ist, wie etwa bei den Krankenkassenprämien (Vergünstigungen), den Miet-Nebenkosten und bei den Kosten für den öffentlichen Verkehr (gratis ÖV für Kinder und Jugendliche).

Für bezahlbare Krankenkassenprämien: Die Krankenkassenprämien sind zu hoch, und der Trend zeigt, dass sie weiter steigen werden. Für viele Menschen und gerade für Familien sind sie kaum mehr tragbar. Mit Prämienverbilligungen bei den Krankenkassen kann der Kanton gezielt jene Menschen unterstützen, die darauf angewiesen sind. Der Grundsatz muss sein, dass die monatlichen Krankenkassenprämien bei niemandem zehn Prozent des verfügbaren Einkommens übersteigen.

Für einen wirksamen Schutz vor

Altersarmut: Frauen sind von Altersarmut ungleich stärker betroffen: Frauenrenten sind nach wie vor ein Drittel tiefer als die der Männer. Deshalb setzen wir uns für ein Rentensystem ein, das Familienarbeit und Teilzeitarbeit nicht ignoriert, sondern miteinbezieht. So wird die Pensionierung für Frauen nicht länger zur Armutsfalle. Denn: Wer ein Leben lang gearbeitet hat – ganz egal, ob in Form von bezahlter Arbeit oder unbezahlter Familienarbeit – muss mit der Rente würdig leben können. Deshalb setzen wir uns mit aller Kraft für eine starke AHV und gegen den Rentenabbau ein.

Für eine sichere Gesundheitsversor-

gung: Die Gesundheit der Bevölkerung ist keine Ware – sie ist ein Grundrecht. Eine soziale Politik sorgt dafür, dass sichere Arbeitsbedingungen und die medizinische Versorgung in allen Regionen des Kantons gewährleistet bleiben. Wir wehren uns gegen Abbauprogramme, welche die Spitäler, die Grundversorgung und die Pflege gefährden. Denn Versorgungssicherheit heisst, dass alle Menschen – unabhängig vom Wohnort – Anrecht auf Zugang zu guter medizinischer Versorgung haben. Es braucht auch mehr Mittel für Pflege und Altersheime und keine weiteren Sparmassnahmen wie Kürzungen bei den Ergänzungsleistungen oder Erhöhungen der Patientenbeiträge. Der demographischen Entwicklung muss Rechnung getragen werden – Würde im Alter ist nicht verhandelbar.

Für einen gerechteren Kanton Bern: Wir wehren uns gegen eine Steuerpolitik, die Unternehmen, Grossaktionär:innen und Vermögende entlasten will. Dafür bezahlen muss die Bevölkerung – entweder durch Leistungsabbau oder durch mehr Steuern und Abgaben. Wir wollen stattdessen die Kaufkraft der Bevölkerung stärken. Nur so wird der Kanton Bern gerechter und sozialer.

Wir ergreifen Partei

FÜR KLIMASCHUTZ UND ENERGIE

Klimaschutz und eine sichere Energieversorgung sind zentrale Aufgaben unserer Generation.

Über Jahrzehnte haben Öl-Konzerne die Öffentlichkeit mit Fake-Studien getäuscht. Mit Lobbying und Millionenkampagnen haben sie politische Massnahmen zum Ausstieg aus fossilen Energien verhindert. Das ist mit ein Grund, warum wir heute abhängig sind von Öl- und Gas-Lieferungen von autokratischen Regimes.

Der Kanton Bern ist verpflichtet und in der Lage einen grossen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dazu muss er vor allem in jenen Bereichen ansetzen, wo die kantonalen Kompetenzen vorhanden sind und damit die Hebelwirkung am stärksten ist. Dies betrifft insbesondere den Verkehr, die Energie und die Gebäude. Entscheidend ist, dass die Massnahmen für den Klimaschutz sozialverträglich und bezahlbar sind. Auch die BKW und die regionalen Energieversorger stehen in der Pflicht, Netzinfrastruktur und Speichermöglichkeiten als Service Public sicherstellen – damit die Energiewende gelingt und allen zugutekommt.

Wir müssen jetzt handeln. Unser Einsatz für Klimaschutz und Versorgungssicherheit kann nicht bis morgen warten. Das beginnt bei der einheimischen Energieproduktion, betrifft aber auch die Anlage von Geldern und die Investitionen.

Für mehr Nachhaltigkeit im Verkehr:

Obwohl der Kanton Bern schon jetzt über ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz verfügt, werden immer noch doppelt so viele Fahrten mit dem Auto wie mit dem ÖV gemacht. Während das Autofahren weniger attraktiv werden soll, muss der Kanton mit einer ÖV-Offensive in den Agglomerationen und den ländlichen Regionen eine gute und günstige Alternative anbieten. Die Menschen müssen rasch von Tür zu Tür kommen.

Auf kürzeren und mittleren Distanzen ist der Langsamverkehr die ideale Ergänzung zum öffentlichen Verkehr. Dazu braucht es sichere Veloverbindungen im ganzen Kantonsgebiet sowie direkte und attraktive Wege für zu Fuss Gehende. Der Kanton muss die Regionen und Gemeinden mit Know-How und finanziellen Mitteln unterstützen.

Für mehr erneuerbare Energien: Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien sorgen wir dafür, dass wir nicht mehr länger erpressbar sind von Diktaturen und Oligarchien. Nach der Abschaltung des KKW Mühleberg müssen erneuerbare Energieträger stärker gefördert werden. Im Vordergrund stehen staatliche Lösungen, ergänzt von privatem Engagement. Gerade die Wasserkraft ist für den Kanton Bern eine grosse Chance und soll deshalb verstärkt ausgebaut werden.

Ein gewichtiger Teil des CO₂-Ausstoss stammt von den Gebäuden. Hier braucht es Massnahmen, damit Öl- und Gas-Heizungen zukünftig nicht mehr eingebaut werden und geeignete Dächer für Solaranlagen genutzt werden. Das Netz an Ladestationen für die Elektromobilität muss im ganzen Kanton erweitert werden. Das Raumplanungsgesetz muss so umgesetzt werden, dass Neubauten nur noch in gut erschlossenen Gebieten realisiert werden können.

Für nachhaltige Anlagen und

Investitionen: In der Schweiz wird ein Viertel der weltweiten Vermögen verwaltet. Wie dieses Geld investiert wird, beeinflusst das globale Klima. Heutzutage fliessen Milliarden in Aktivitäten, die den Klimazielen entgegenlaufen. Eine wichtige Hebelwirkung für den Klimaschutz kann der Kanton deshalb auch über Finanzanlagen und Investitionen erreichen. Indem die kantonalen Pensionskassen und die Kantonalbank auf umweltschädliche Anlagen verzichten, können sie einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Für sozialverträglichen Klimaschutz:

Der Kanton trägt Verantwortung für Klimaschutz und Versorgungssicherheit in allen Regionen. Investitionen in den Klimaschutz unterstützen die Wirtschaft und führen zu neuen Arbeitsplätzen. Gerade in den ländlichen Regionen braucht es gezielte Investitionen in nachhaltige Arbeitsplätze, damit die regionale Entwicklung nicht abgehängt wird. Sozialverträglicher Klimaschutz bedeutet: Niemand wird zurückgelassen.

Wir ergreifen Partei

GLEICHSTELLUNG UND CHANCENGLEICHHEIT

Gleichstellung ist keine Privatsache, sie geht uns alle an.

Besonders in Zeiten, in denen konservative, rückwärtsgewandte Regierungen auf der ganzen Welt eine akute Gefahr für die Rechte der Frauen und queeren Personen sind.

Dank der feministischen Bewegung geht es in der Gesellschaft voran. Man spürt einen breiten Willen zur Veränderung, und das ist gut. Aber wir sind noch lange nicht da, wo wir sein wollen. Frauen verdienen immer noch deutlich weniger als die Männer. Junge Eltern reiben sich zwischen Beruf und Familie auf. Frauen und queere Menschen sind weiterhin mit Sexismus und Gewalt konfrontiert.

Auch im Bildungsbereich bestehen noch grosse Hürden: Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Ausbildung ist längst nicht für alle verwirklicht. Gerade für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen fehlen nach wie vor die nötigen Strukturen, damit die Integration ins Bildungs- und Berufsleben erfolgreich erfolgt und der soziale Anschluss gelingt.

Für mehr Elternzeit: Eltern arbeiten heute bis zu 70 Stunden in der Woche. Das ist weder zumutbar noch sinnvoll. Um das zu ändern, braucht es flächendeckend kostenlose und inklusive Kitas, damit auch Kinder mit Behinderungen integriert werden können. Dank verkürzter Arbeitszeit und ausgebauter Elternzeit können sich Erziehungsberechtigte besser organisieren und damit bezahlte und unbezahlte Arbeit aufteilen. Denn heute reduzieren vor allem Frauen ihre Arbeitszeit ab der Geburt des ersten Kindes stark – und oft für lange Zeit. Eine ausgebauter Elternzeit verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, fördert die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern und stärkt die Beziehung zwischen Eltern und Kind.

Für ein Ende der Gewalt: Wir wollen, dass Alltagssexismus und Gewalt gegen Frauen und queere Menschen ein Ende haben. Niemand soll Angst haben, weder im Alltag noch am Arbeitsplatz oder in den eigenen vier Wänden. Dafür brauchen wir mehr Prävention und bessere Unterstützung für Betroffene. Dazu gehört auch, dass genügend Schutzangebote wie Frauenhäuser und sichere Räume für queere Menschen zur Verfügung stehen. Sexuelle Gewalt darf keinen Platz mehr haben. Das bedeutet auch, dass unser Strafrecht die Realität von sexualisierter Gewalt anerkennen muss: Nur Ja heisst Ja.

Für Respekt statt Hass: Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, die alle Lebensmodelle und alle sexuellen und geschlechtlichen Identitäten gleichermassen respektiert. Mit der «Ehe für alle» haben wir zwar einen historischen Schritt gemacht, doch solange Regenbogenfamilien immer noch nicht vollständig abgesichert, solange Homophobie und Transfeindlichkeit an der Tagesordnung sind, haben wir noch viel zu tun. Deshalb braucht es die gezielte Sensibilisierung der Bevölkerung sowie eine verstärkte Ausbildung des Personals im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Gemeinsam können wir eine Zukunft erreichen, in der Gleichstellung endlich Tatsache ist.

Für Zweisprachigkeit und kulturelle Vielfalt: Wir treten entschieden gegen die Abschaffung von Frühfranzösisch und damit einer Schwächung der Zweisprachigkeit im Kanton Bern auf. Zweisprachigkeit ist ein kultureller Reichtum und ein Schlüssel für Chancengleichheit gerade in einem Kanton an der Sprachgrenze.

Wer die Zukunft gemeinsam gestalten will, braucht Verständnis für andere Sprachregionen – und das beginnt mit der Sprache.

Für faire Bildung mit guten Arbeitsbedingungen: Auch im Bildungsbereich hat der Kanton Bern immer noch grossen Nachholbedarf gegenüber anderen Kantonen. Gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten im Bildungsbereich sind zentral. Insbesondere müssen die Löhne in den Tages- und Ganztageschulen sowie an der Volksschule deutlich verbessert werden. Der aktuelle Lehrpersonenmangel zeigt klar: Der Kanton darf nicht länger sparen, sondern muss jetzt handeln. Ebenso lehnen wir die Erhöhung der Studiengebühren an Hochschulen und Universitäten entschieden ab – Bildung muss für alle zugänglich und bezahlbar bleiben.

Für gleiche Rechte und Chancen für Migrant:innen: Gleichstellung heisst auch gleiche Chancen für Menschen mit Migrationshintergrund. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag in allen Bereichen unserer Wirtschaft und Gesellschaft – oft unter besonders schwierigen Bedingungen. Wir setzen uns ein für faire Löhne, sichere Arbeitsbedingungen und Anerkennung der geleisteten Arbeit. Zudem braucht es echten Zugang zu Bildung und Ausbildung, damit alle Menschen unabhängig von Herkunft gleiche Perspektiven haben. Auch müssen die demokratischen Rechte von Menschen ohne Schweizer Pass gestärkt und die Hürden für eine Einbürgerung gesenkt werden.